



### **Öffentlichkeitsgesetz**

Amtliche Dokumente sollen kostenlos eingesehen werden können. Der Nationalrat hat am Montag eine entsprechende Gesetzesänderung gutgeheissen. Zu diskutieren gab die Frage, wie die Ausnahmeregelung ausgestaltet werden soll. Der Nationalrat entschied sich dafür, dass bei Gesuchen, die in der Bundesverwaltung einen hohen Aufwand verursachen, die Höhe der Gebühren bei maximal 2000 Franken festgesetzt werden soll - und dass dieser Betrag im Gesetz festgeschrieben werden muss. Die Gesuchstellenden müssen vorab über diese Gebühr informiert werden. Der Nationalrat nahm die Gesetzesrevision seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N) mit 136 zu 54 Stimmen bei 3 Enthaltungen an. Die Vorlage geht an den Ständerat.

### **Asylgesetz**

Asylsuchende aus dem Nahen Osten sollen weder systematisch interniert noch überwacht werden. Der Nationalrat hat einen Vorstoss der SVP abgelehnt, der alle Asylsuchende, die aus Gebieten stammen, in denen radikale Gruppierungen wie der IS tätig sind, speziell behandeln wollte. Die Massnahmen sollten jeweils so lange aufrechterhalten werden, bis das Gefährdungspotenzial der Asylsuchenden abgeklärt ist. Mit 139 zu 53 Stimmen lehnte der Rat den Vorstoss ab. Alle Fraktionen sprachen sich gegen eine Gesetzesänderung aus. Die Motion hat sich erledigt.

### **Resettlement-Programm**

Die Schweiz kann ihre Beteiligung am Programm der Vereinten Nationen (UNHCR) für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge wie vorgesehen fortführen. Der Nationalrat hat mit 139 zu 53 Stimmen einen Vorstoss der SVP abgelehnt, der Personen aus dem Nahen Osten aus dem Programm ausschliessen wollte. Die SVP machte Sicherheitsbedenken geltend. Alle anderen Fraktionen lehnten den Vorstoss ab. Die Motion ist damit vom Tisch.

### **Exil-Tibeter**

Die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz wird in einem Bericht dargelegt. Der Nationalrat hat ein Postulat mit 134 zu 48 Stimmen bei 5 Enthaltungen - gegen den Willen der SVP - an den Bundesrat überwiesen. Seit Jahren berichten Tibeter, sie würden in der Schweiz von Chinas Regierung überwacht und in ihrer Meinungsäusserungsfreiheit eingeschränkt. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärte, der Bundesrat sei bereit, das Postulat anzunehmen - "auch, um Klarheit zu schaffen".

### **Geheimdienstaffäre**

Die Affäre um manipulierte Verschlüsselungsgeräte der Zuger Firma Crypto soll nicht von einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) untersucht werden. Der Nationalrat hat zwei gleichlautende parlamentarische Initiativen der Grünen- und der SP-Fraktion mit 123 zu 66 respektive mit 122 zu 67 Stimmen abgelehnt. Sie sind damit vom Tisch. Der Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) habe die Angelegenheit genügend beleuchtet, befand die Mehrheit des Nationalrats. Grünen-Präsident Balthasar Glättli (ZH) sah dies anders. Es gebe etwa Diskrepanzen zwischen den Aussagen von alt Bundesrat Kaspar Villiger und alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer und dem, was im CIA-Bericht stehe. Die SP-Fraktion ihrerseits wollte mit einer PUK verhindern, dass sich eine solche Geschichte wiederholen kann, wie SP-Fraktionspräsident Roger Nordmann (VD) sagte.



### **Hochseeschifffahrt**

Der Nationalrat will die Ereignisse um die Bürgschaften für die Hochseeschifffahrt nicht mit einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aufarbeiten. Seit 2015 und 2017 würden sich die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) und die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte (Findel) mit der Angelegenheit beschäftigen, sagte Edith Graf-Litscher (SP/TG) im Namen des vorberatenden Ratsbüros. Einige Untersuchungen hätten auch die genannte Zeitspanne betroffen, andere seien noch am Laufen. Eine PUK könne aus Sicht des Büros keine weiteren Erkenntnisse liefern. Der Nationalrat lehnte den entsprechenden Vorstoss der SVP-Fraktion mit 110 zu 77 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Er ist damit vom Tisch.

### **Referendum Covid-Gesetz**

Würde das Covid-19-Gesetz in der Referendumsabstimmung am 13. Juni abgelehnt, wäre es noch bis 25. September gültig und es kann nicht mehr erneuert werden. Das hält der Bundesrat in einer Antwort zur Fragestunde im Nationalrat fest. Alle Änderungen, die die Bundesversammlung nach dem vergangenen 25. September beschlossen und für dringlich erklärt hat, würden ab dem kommenden 25. September dahinfallen, heisst es in der Antwort weiter. Dies würde auch für die Anpassungen gelten, die die Räte in der laufenden Session beraten.

### **Agrarpolitik 2022+**

Die Räte haben Entscheide über die Zukunft der Landwirtschaft vertagt. Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat die Agrarpolitik 2022+ auf Eis gelegt. Der Nationalrat folgte der Mehrheit der Wirtschaftskommission (WAK-N) und dem Ständerat. Die Diskussion über gesetzliche Grundlagen zur künftigen Ausrichtung der Agrarpolitik soll erst stattfinden, nachdem der Bundesrat eine Auslegeordnung dazu vorgelegt hat. Die Vorlage, in deren Zentrum eine ökologischere Landwirtschaft steht, dürfte sich um Jahre verzögern. Eine Minderheit von SP, Grünen, GLP und einigen Mitgliedern der FDP-Fraktion hätte die Vorlage beraten wollen.

### **Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft**

Der Nationalrat hat zwar die Agrarpolitik 2022+ sistiert, aber den Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft bewilligt. Dieser erstreckt sich über die Jahre 2022 bis 2025 und umfasst insgesamt rund 14 Milliarden Franken. Mit 144 zu 14 Stimmen bei 38 Enthaltungen - namentlich von Mitgliedern der SP und der Grünen - folgte der Nationalrat beim Zahlungsrahmen im Wesentlichen dem Ständerat. Eine Minderheit hätte die finanziellen Mittel statt für vier Jahre lediglich für 2022 und 2023 bewilligen wollen. Sie wollte eine erneute Debatte ermöglichen, auf Grund der neuen Vorlage zur Agrarpolitik. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

### **Fair-Preis-Initiative**

Das Parlament will die "Hochpreisinsel Schweiz" bekämpfen, mit Massnahmen gegen die hohen Preise für importierte Produkte. Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Sinn der Initianten der Fair-Preis-Initiative. Sie wollen ihr Begehren zurückziehen, wenn der Gegenvorschlag die Schlussabstimmungen übersteht. Zuletzt einigten sich die Räte darauf, ein Verbot für Geoblocking in die Vorlage zu schreiben. Auf eine Reimportklausel hingegen verzichteten die Räte schliesslich. Die Klausel hätte verhindern sollen, dass exportierte Produkte zum tieferen Preis ins Herstellungsland zurück importiert und dort ohne weitere Bearbeitung verkauft werden.



## Risiko beim Einsatz von Pestiziden

Das Parlament will die mit dem Einsatz von Pestiziden verbundenen Risiken mit neuen Vorschriften vermindern. Noch bleibt aber eine Differenz in der Vorlage, die die Räte der Trinkwasser- und der Pestizidverbotsinitiative entgegenstellen wollen. Offen ist, ob es zur Bestimmung von zusätzlichen Zuströmbereichen für Grundwasserfassungen eine Vernehmlassung braucht, oder ob die Bestimmung direkt in die Vorlage aufgenommen werden soll. Bei der Offenlegungspflicht für Nährstofflieferungen an Landwirtschaftsbetriebe schwenkte der Nationalrat hingegen auf den Kompromissvorschlag des Ständerates um. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

## Corona-Debatte

Der Nationalrat hat eine Debatte zur Corona-Pandemie geführt - unter anderen zum Thema Öffnungsschritte. "Würde mich jemand fragen, ob ich in vier Wochen einen Regenschirm brauche, die ehrliche Antwort wäre: Ich weiss es nicht." Mit diesem Beispiel wollte Jörg Mäder (GLP/ZH) aufzeigen, dass Prognosen im Umgang mit der Corona-Pandemie nur "Wunschzettel an den Weihnachtsmann" seien. "Es geht hier um mehr als um Wetterprognosen", entgegnete Roland Rino Büchel (SVP/SG). Es gehe ums Klima, das sei längerfristig. Aus Sicht der Grünen gilt es derweil, angesichts einer dritten Welle den Fehler vom vergangenen Jahr nicht ein zweites Mal zu machen und gute Vorbereitungen zu treffen. Gesundheitsminister Alain Berset sagte dazu, die Situation sei schwierig. "Wir wollen jetzt nicht öffnen und dann wieder schliessen müssen", sagte er mit Blick auf Nachbarländer.

## Berset erteilt der Ostschweiz eine Absage

Die SVP hat Bundesrat Berset mit den Forderungen der Ostschweizer Kantone zur Coronapolitik konfrontiert. Dieser winkt ab.

Die Ostschweizer Kantone wollen vorwärtsmachen mit der Lockerung der Coronamassnahmen: Sie verlangen, dass etwa die Restaurants am 22. März wieder öffnen dürfen. Diese Haltung ist auch im Bundesparlament ein Thema: In der Coronadebatte am Mittwochvormittag im Nationalrat wurde Gesundheitsminister Alain Berset (SP) mit Fragen eingedeckt, insbesondere von rechts.

Auch mehrere Ostschweizer SVP-Nationalräte ergriffen die Gelegenheit. David Zuberbühler sprach Berset auf die Stellungnahme der Ostschweizer Kantonsregierungen an. Diese seien mit den aktuellen Krite-

rien des Bundesrats für Lockerungen nicht zufrieden. «Warum orientiert sich der Bundesrat nicht stärker an der Auslastung der Intensivstationen?»

Berset antwortete: «Die Auslastung der Intensivstationen ist nur eines von vier massgebenden Kriterien.» Die weiteren Richtwerte sind der R-Wert, die Positivitätsrate und die Zahl der Neuerkrankungen über 14 Tage. Das Parlament habe klare Richtwerte für die Lockerungsentscheide verlangt und auch die Kantone hätten die Kriterien damals in der Vernehmlassung mehrheitlich befürwortet, sagte Berset. Es sei schwierig, wenn nun diese Kriterien plötzlich

wieder bemängelt würden, sobald sie schlecht aussähen. «Aktuell sprechen drei der vier Kriterien gegen Lockerungen.» Die St. Galler Regierung hatte allerdings bereits bei der Anhörung im Februar dafür plädiert, dass der R-Wert und die Positivitätsrate als Beurteilungskriterien für künftige Lockerungsschritte gestrichen werden sollten.

Gestern in der Nationalratsdebatte kritisierten die SVP-Vertreter, die Massnahmen seien längst nicht mehr einheitlich und nachvollziehbar. Roland Rino Büchel, der eine dringliche Interpellation für Lockerungen am 22. März eingereicht hatte, sagte, es herrsche ein «Puff» im

wörtlichen Sinne: Bordelle seien geöffnet, während über die Öffnung von Aussenterrassen gestritten werde.

«Kaffeetrinken gefährlicher als im Chor singen?»

Esther Friedli und Mike Egger verlangten von Berset Antworten zur Lage der Restaurants. «Die Gastronomie ist im Öffnungsplan vergessen gegangen», sagte Friedli - während der Bundesrat zum Beispiel Lockerungen für kulturelle Aktivitäten vorsehe. «Warum soll Kaffeetrinken gefährlicher sein, als in einem Chor zu singen?»

Egger wies ebenfalls auf die Forderung der Ostschweizer

Kantone hin, die Gastrobetriebe wieder zu öffnen. «Im privaten Bereich sollen sich bald wieder zehn Personen treffen dürfen, aber in einem Restaurant zu es-



Nationalrat David Zuberbühler (SVP/AR). Bild: Keystone

sen, soll weiterhin verboten sein?» Der Gesundheitsminister entgegnete, die Gastronomie habe nichts falsch gemacht. Die Kohärenzfrage könne man immer stellen. Doch die wesentliche Frage sei nun: «Öffnen wir jetzt rasch, und müssen dann in zwei Monaten schon wieder alles schliessen? Oder öffnen wir langsamer, dafür nachhaltiger?»

Was die Fünf-Personen-Regel im Privaten angeht, so sagte Berset, dies sei eine Restriktion, die den ganz privaten Bereich betreffe, «bis in den Familienkreis hinein». Darum sei hier eine Öffnung früher angezeigt.

Adrian Vögeli

## Tabakwerbeverbotsinitiative

Ein lückenloses Verbot für Tabakwerbung hält eine bürgerliche Mehrheit im Nationalrat für übertrieben. Sie empfiehlt die Tabakwerbeverbotsinitiative zur Ablehnung. Trotzdem dürften einige Anliegen des Volksbegehrens umgesetzt werden - auf Gesetzesweg. Die vom Bundesrat erarbeitete Revision des Tabakproduktegesetzes befindet sich im Differenzbereinungsverfahren zwischen den beiden Räten. Die Initiative geht dem Nationalrat zu weit. Eine Mehrheit aus SVP-, FDP- und Mitte-Fraktion empfahl das Volksbegehren zur Ablehnung. Der Entscheid fiel mit 96 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Der Ständerat wird seine Abstimmungsempfehlung in den kommenden Monaten treffen. Auch das Tabakproduktegesetz kommt demnächst erneut in den Ständerat.



### **Jugendschutz**

Minderjährige sollen vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Der Nationalrat ist auf ein neues Gesetz eingetreten, das Kinos, Onlinehändler und Plattformen wie Youtube zu Alterskennzeichnungen verpflichtet. Die meisten Fraktionen befürworteten ein neues Gesetz. Von der SVP und dem Grossteil der FDP kam Widerstand. Die Branchen seien längst tätig geworden, sagte Eva Herzog (SVP/TG). Es brauche keine überflüssige Regulierung und auch keine Bevormundung der Eltern. Es liege doch in deren Verantwortung, zu entscheiden, was altersgerecht und sinnvoll für ihre Kinder sei. Der Nationalrat trat schliesslich mit 115 zu 69 Stimmen bei 2 Enthaltungen auf die Vorlage ein. Die Detailberatung konnte er am Mittwoch aus Zeitgründen nicht mehr führen. Sie soll in einer der nächsten Sessionen erfolgen.

### **Pflege**

Der Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative ist auf der Zielgeraden. Der Nationalrat hat als Erstrat mit 175 zu 2 Stimmen bei 2 dem Vorschlag der Einigungskonferenz zugestimmt. Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime sollen von der selbstständigen Abrechnung profitieren können. Die Verbände der Leistungserbringer und der Versicherer schliessen dabei gesamtschweizerisch geltende Verträge ab, mit welchen die mengenmässige Entwicklung der Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Anordnung erbracht werden, überwacht werden. Die Bedingung, dass Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime dafür vorgängig eine Vereinbarung mit den Krankenversicherern abschliessen müssen, wurde gestrichen. Am Donnerstag entscheidet der Ständerat noch darüber.

### **Corona-Virus**

Apotheken sollen serologische Tests zur Bestimmung einer Corona-Infektion durchführen dürfen. Der Nationalrat hat eine Motion von Olivier Feller (FDP/VD) mit 182 ohne Gegenstimme angenommen. Auch wenn die Tests noch nicht ganz verlässlich seien, werden sie es bald sein, sagte Feller. Dafür müsse vorgesorgt werden. "Wir verfolgen das weiterhin intensiv", sagte auch Gesundheitsminister Alain Berset.

### **Wahlen Bundesverwaltungsgericht**

Die Vereinigte Bundesversammlung hat Chiara Piras (Grüne) und Alexander Mistic (GLP) als neue Richterin und neuen Richter deutscher Sprache ans Bundesverwaltungsgericht gewählt - mit 186 von 192 gültigen Stimmen. Chiara Piras ist Anwältin und als Gerichtsschreiberin und Einzelrichterin für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht am Baslerbieter Kantonsgericht tätig. Der promovierte Jurist Alexander Mistic ist als Gerichtsschreiber am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) tätig. Alle Fraktionen unterstützten die Vorschläge der Gerichtskommission. Ersetzt werden Sylvie Cossy (Grüne) und Daniel Riedo (SVP). Cossy trat zurück, Riedo wird pensioniert. Die Vereinigte Bundesversammlung verabschiedete zudem Bundesrichter Andreas Zünd. Er wurde an den EGMR in Strassburg gewählt.

### **Räte bereinigen revidiertes Covid-19-Gesetz mit Zusatzkredit**

Nach intensiven, teils gehässigen Debatten und grosser Uneinigkeit zwischen den Räten hat das Parlament bei der Revision des Covid-19-Gesetzes im letzten Moment doch noch eine Lösung gefunden. Es setzte sich weitgehend der Ständerat durch - zur Freude des Bundesrats.



Die Regierung hatte Anfang Jahr weitere Änderungen und einen damit verbundenen Zusatzkredit zuhanden des Parlaments verabschiedet. Zentraler Pfeiler der Vorlage des Bundesrats war die Aufstockung des Härtefallprogramms von heute 2,5 auf neu 10 Milliarden Franken. Zusätzlich präzisierte der Bundesrat die Regeln zur Kurzarbeit, zur Kita-Hilfe oder für Kulturschaffende.

Im Parlament gaben zunächst aber andere Sachen zu reden. National- und Ständerat kritisierten - teilweise ungewohnt scharf - die Corona-Politik des Bundesrats. Insbesondere die bürgerlichen Fraktionen forderten raschere Lockerungen der drastischen Corona-Massnahmen und bessere Perspektiven für geschlossene Betriebe.

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N) wollte den 22. März als verbindliches Öffnungsdatum für Gastro- und Freizeitbetriebe im Gesetz verankern. SVP, FDP und die Mitte erhöhten im Vorfeld der parlamentarischen Debatte den Druck auf den Bundesrat. Nach einer "Chropfleerete" in beiden Kammern verzichtete die Mehrheit der FDP- und der Mitte-Fraktion schliesslich aber auf ein fix verankertes Öffnungsdatum im Covid-19-Gesetz.

### **Drastische Ausweitung letztlich chancenlos**

In der zweiten Sessionshälfte verlagerte sich die Diskussion in beiden Räten zu den Corona-Finanzhilfen des Bundes. Im Zentrum stand die Frage, welchen Unternehmen und Personen geholfen werden soll. Es ging um Regeln für Härtefälle, À-fonds-perdu-Beiträge, Kurzarbeits- und Erwerbssersatzentschädigungen.

Nach einem dreiwöchigen Zickzack-Kurs spurte das Parlament schliesslich weitgehend auf die Linie des Bundesrats ein. Zur Unterstützung von Härtefällen stehen maximal 10 Milliarden Franken zur Verfügung. In der Einigungskonferenz setzten sich bei den wichtigsten Punkten die vorsichtiger agierenden Ständerätinnen und Ständeräte durch.

An der Definition von Härtefällen wurde nichts Entscheidendes geändert. Wie heute gilt ein Unternehmen als Härtefall, wenn es einen Umsatzeinbruch von mindestens 40 Prozent verzeichnet oder während mehr als 40 Tage behördlich geschlossen wurde.

Der Nationalrat wollte in den letzten Tagen und Wochen an dieser Schwelle schrauben. In der ersten Beratungsrunde stockte die grosse Kammer die Finanzhilfen sogar auf beinahe 20 Milliarden Franken auf. Der Ständerat lehnte das jeweils ab - mit dem Verweis, dass die Spielregeln nicht während des Spiels geändert werden sollten.

### **Kein Auffangnetz für alle**

Bei den Finanzhilfen für grosse Unternehmen erliess das Parlament zusätzliche Bedingungen. Grundsätzlich werden hohe Ausschüttungen von Härtefallgeldern an zusätzliche Bedingungen geknüpft und die Unternehmen werden verpflichtet, im Falle eines Gewinns die Summe zurückzuerstatten. Wenn der À-fonds-perdu-Beitrag 5 Millionen Franken übersteigt, muss das Unternehmen eine Eigenleistung nachweisen.

Die letztlich getroffene Lösung bei den Härtefällen ist auch im Sinne des Bundesrats. Finanzminister Ueli Maurer warnte in der Frühjahrssession mehrmals davor, die Vorlage finanziell zu überladen und die Corona-Schulden weiter zu erhöhen. Es könne nicht jedes Unternehmen gerettet, jedes Einzelschicksal berücksichtigt werden. Sonst würden happige Sparprogramme drohen.



### **Schutzschirm für Veranstaltungen**

Eine neue Lösung wurde für abgesagte grosse Veranstaltungen gefunden. Das Parlament will Festivals, Messen und weitere Publikumsanlässe zusätzlich unterstützen. Sie können mit einem Gesuch beim Bund die Abgeltung ungedeckter Kosten verlangen für Veranstaltungen, die zwischen dem 1. Juni 2021 und dem 30. April 2022 hätten stattfinden sollen.

Der Bund entschädigt jedoch nur Veranstaltungen "von überkantonaler Bedeutung". Sofern die Kantone die Hälfte des Ausfalls übernehmen, ist der Bund bereit, die andere Hälfte zu bezahlen. Der Nationalrat wollte auch Publikumsanlässe "von regionaler Bedeutung" berücksichtigen. Die Unterstützung von regionalen und lokalen Veranstaltungen ist nun aber Sache der Kantone.

### **Mehr Selbstständige berücksichtigt**

Bereits früher einen Kompromiss gefunden hatten die Räte bei der Hilfe für Selbstständigerwerbende. Demnach gelten künftig Personen als massgeblich eingeschränkt, die in ihrer Unternehmung eine Umsatzeinbusse von mindestens 30 Prozent im Vergleich zum durchschnittlichen Umsatz in den Jahren 2015 bis 2019 haben. Heute ist ein Umsatzminus von mindestens 40 Prozent massgebend.

Finanzminister Maurer warnte auch hier davor, die Spielregeln zu ändern. "Die Kantone werden damit an ihre Grenzen kommen." In diesem Punkt blieben seine Worte aber ungehört. Neue Regeln gelten auch bei der Unterstützung von Profisportklubs. Sie müssen nicht mehr zwingend Lohnkürzungen vornehmen, um an À-fonds-perdu-Beiträge zu kommen. Wer die Regeln für Lohnkürzungen nicht einhält, erhält immer noch die Hälfte der Ausfälle der Ticketeinnahmen zurück.

### **Vorlage ist 12 Milliarden Franken schwer**

Weiter entschied das Parlament, dass Personen mit tiefen Löhnen bei Kurzarbeit bis Ende Juni 2021 den vollen Lohn entschädigt erhalten. Der Nationalrat wollte die Bestimmung bis Ende Jahr ausweiten. Im aktuellen Gesetz wäre die Massnahme Ende März ausgelaufen.

**Finanzminister Maurer bilanzierte zum Abschluss der Debatte, dass das Parlament mit seinen Entscheiden die Vorlage um rund 2 Milliarden auf 12 Milliarden Franken aufgestockt habe. Ende Jahr rechne der Bund mit einem ausserordentlichen Defizit von rund 30 Milliarden Franken. "Das ist höher als der Schuldenabbau der letzten 15 Jahre."**

Der Vorschlag der Einigungskonferenz wurde am Donnerstag von National- und Ständerat gutgeheissen - insbesondere von der Ratslinken zähneknirschend. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Die Revision soll bereits am Samstag in Kraft treten. Die dazugehörige Verordnung wird laut Maurer am 31. März vom Bundesrat verabschiedet. Würde das Covid-19-Gesetz in der Referendumsabstimmung am 13. Juni abgelehnt, wäre es noch bis 25. September gültig. Es könnte nicht mehr erneuert werden.

### **Strafprozessordnung**

Der Nationalrat hat die revidierte Strafprozessordnung gutgeheissen. Im Gegensatz zum Bundesrat schränkt er aber das Teilnahmerecht von Beschuldigten an Beweiserhebungen nicht ein, und er will das Konzept der restaurativen Gerechtigkeit in die Vorlage aufnehmen. Angepasst werden sollen mit der Vorlage einzelne Punkte in der erst zehnjährigen Strafprozessordnung. Schon kurz nach deren Inkrafttreten wies die Praxis auf Probleme hin. Am Donnerstag sagte der Nationalrat mit 139 zu 54 Stimmen und ohne Enthaltung Ja zur Vorlage, an deren Details er während Stunden gefeilt hatte. Die Vorlage geht an den Ständerat.



### **Risiko beim Einsatz von Pestiziden**

Das Parlament will mit neuen Vorschriften die Risiken, die mit dem Einsatz von Pestiziden verbunden sind, reduzieren. Vorgeschrieben wird neu, dass die Gefahren für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser reduziert werden sollen. Drei Monate vor der Abstimmung über die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiative haben die Räte ihre Vorlage bereinigt, mit einem Vorschlag der Einigungskonferenz. Diese hatte beim letzten umstrittenen Punkt die Version des Ständerats beantragt. Gestrichen wurde, dass die Kantone verpflichtet werden, bis 2035 zusätzliche Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen zu bezeichnen.

### **Kaderlöhne**

Die Topkader und Verwaltungsräte bei den Bundesunternehmen SBB, Post, Ruag, Skyguide, Suva, SRG und Swisscom sollen jährlich nicht mehr als eine Million Franken Entgelt beziehen können. Der Nationalrat hat eine entsprechende Vorlage mit 139 zu 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die teilweise hohen Löhne würden in der Bevölkerung auf Unverständnis stossen, sagte Gerhard Pfister (CVP/ZG) im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK-N). Seitens der Fraktionen war nur die FDP-Fraktion gegen die Gesetzesänderungen. Die Vorlage sei sachlich falsch, indem sie ein einheitliches Mass für alle Betriebe festlege. Das Geschäft geht an den Ständerat.

### **Bankengesetz**

Im Falle eines Bankkonkurses sollen Kunden rascher an ihr Geld kommen. Der Bundesrat will die Sicherung der Bankeinlagen stärken und Bestimmungen zur Bankensanierung gesetzlich verankern. Der Nationalrat hat die entsprechende Teilrevision des Bankengesetzes fast unverändert übernommen. Die Anforderungen an die Selbstregulierung müssen gemäss Übergangsbestimmung spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten erfüllt sein. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 194 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Sie geht nun an den Ständerat.

### **Schlussabstimmungen**

22 Vorlagen haben der National- und der Ständerat am Freitag zum Ende der Frühjahrssession parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter ist das aktualisierte Covid-19-Gesetz, das unter anderem die zusätzliche Unterstützung für von der Pandemie betroffene Unternehmen und Angestellte regelt. Verabschiedet wurden weiter Gesetzesänderungen, mit denen die Risiken, die mit dem Einsatz von Pestiziden verbunden sind, reduziert werden sollen. Die meisten Entscheide unterstehen dem fakultativen Referendum. Gegen das Covid-19-Gesetz ist das bereits im Herbst lancierte Referendum zustande gekommen. Das Stimmvolk entscheidet am 13. Juni über die Vorlage.

Bern, im März 2021

David Zuberbühler